

Gegenstand: Wahl des/der Beigeordneten der Stadt Speyer

Der Vorsitzende legt nochmals die grundlegenden Entscheidungen für die Wahl des/der Beigeordneten aus der Sitzung des Stadtrates vom 01.03.2007 dar. Auf die Ausschreibung der Stelle im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz am 26.03.2007 gingen bis zum Ablauf der Frist am 27.04.2007 fristgerecht 6 Bewerbungen ein. Die Fraktionsvorsitzenden wurden am 30.04.2007, dem 27.04.2007 unmittelbar folgenden, nächsten Arbeitstag, mit Kurier über die eingegangenen Vorschläge informiert. Seitens der Fraktionen wurde auch Einsicht in die Bewerbungsunterlagen genommen.

Durch die SWG wurde aus den Bewerbungen schriftlich Herr Frank Scheid zur Wahl für das Amt des hauptamtlichen Beigeordneten vorgeschlagen.
Frau Pitsch schlägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Willi Batzer zur Wahl vor.

Herr Dr. Wintterle will nochmals deutlich darauf hinweisen, dass die Hauptamtlichkeit der Dezernentenstelle für nicht erforderlich gehalten wird und Kosten von über 100.000 € pro Jahr verursacht. Die SPD-Fraktion lehnt dies daher ab. Wenn überhaupt jemand kommunalpolitische Erfahrung hat, dann Herr Batzer. Alle anderen erfüllen die Voraussetzungen nicht.

Herr Preuß möchte für das Protokoll vermerken, dass es sich dabei um die Meinung der SPD handelt und nicht die des ganzen Stadtrates, wie der Ratsbeschluss vom 01.03.2007 zeigt.

Herr C. Ableiter schließt sich seinem Vorredner von der SPD an und kritisiert, dass hier Geld verschwendet wird, während an den Schulen Kinder durch den schlechten baulichen Zustand gefährdet werden. Zur Person von Frank Scheid stellt er fest, dass sich dieser bei Prüfungen an der Hochschule als Fachmann gezeigt hat. Die BGS-Fraktion wird ihn aber wegen der Unterstützung der SWG für den Flugplatz nicht wählen. Im Gegensatz dazu unterstützt die BGS die Kandidatur von Herrn Batzer.

Herr Dr. Jung vermisst neue sachliche Elemente in der Diskussion. Er schlägt deshalb vor, zur Abstimmung zu kommen.

Herr Dr. Wintterle gibt zu Protokoll, dass die CDU Herrn Scheid gar nicht vorgeschlagen hat, sondern ihn nur unterstützt. Er findet es beschämend, dass nicht über die Kandidaten diskutiert werden soll, sondern auf die Fraktionsräson verwiesen wird.

Herr Preuß erwidert, das erste Vorschlagsrecht stehe der Wählergruppe zu und nicht der CDU.

Herr Dr. Wilke stellt fest, dass einiges, was er hier gehört habe, an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten ist. Er verwahrt sich gegen die fast ehrenrührige Behauptung, dass Herr Scheid keine kommunalpolitische Erfahrung habe. Er hat spätestens seit 1999 im RPA bewiesen, dass er sehr viel von kommunalen Finanzen versteht. Er wirft die Frage auf, ob Herr Batzer nun die Position hauptamtlich oder ehrenamtlich wahrnehmen will.

Herr Batzer erklärt, die juristische Prüfung stehe noch aus. Es sei rechtlich allerdings vermutlich nicht möglich, nach der Bewerbung auf eine hauptamtliche Stelle auf eine Ehrenamtlichkeit zurückzugehen. Er würde im Falle einer Wahl allerdings eine Vereinbarung mit der Stadt treffen, auf den entsprechenden Teil des Gehalts zu verzichten, um diesen Betrag für eine Stellenmehrung beim Umweltamt zu verwenden.

Die SPD will laut Herrn Dr. Wintterle geklärt wissen, warum Herr Scheid der beste Bewerber sein soll. Dazu sei bisher nichts zu hören gewesen.

Der Vorsitzende schließt die Rednerliste und leitet die Wahlhandlung ein. Vorgeschlagen zur Wahl sind Herr Willi Batzer und Herr Frank Scheid. Es werden zwei Ratsmitglieder bestimmt, die die Stimmenauszählung überwachen. Herr F. Ableiter (BGS) und Herr Zehfuß (CDU) assistieren die Wahlhandlung.

Die Wahlberechtigten werden vom Vorsitzenden namentlich zur geheimen Wahlhandlung aufgerufen. Die Stimmabgabe in die verschlossene Urne wird durch den Schriftführer protokolliert.

Nach Abschluss der Wahlhandlung liegen 44 Stimmabgabevermerke vor. Bei Öffnung der Wahlurne wurden 44 Stimmzettel vorgefunden. Die Auszählung ergibt folgendes Ergebnis:

44 Stimmzettel wurden abgegeben, davon sind 11 auf Grund von § 40 Abs. 4 GemO ungültig.

Von den 33 gültigen Stimmzetteln entfallen:

24 Stimmen	auf Herrn Frank Scheid
9 Stimmen	auf Herrn Willi Batzer

Damit ist Herr Scheid mit der Mehrheit der gültigen Stimmen entsprechend § 40 Abs. 3 GemO gewählt

Gegenstand: Entschließung des Stadtrates zum LKW-Verkehrsaufkommen auf der B 9; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.03.2007
Vorlage: 0287/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter begrüßt den Antrag der CDU, der aber nicht alle Punkte umfasst, die auch von der Bürgerinitiative gefordert werden. Er stellt daher folgenden, weitergehenden Ergänzungsantrag:

1. Die Stadt fordert Lärmschutzwände an der B 9/B 39 in solcher Qualität, dass auch nach 2020 ein Nachtwert von 55 dB tags und 45 dB nachts eingehalten wird. Neue gesetzliche Planungswerte für die Ausweisung von Baugebieten werden bereits in dieser Art angestrebt.
2. Durch die Stadt Speyer sollen Messungen veranlasst werden, um die Qualität der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen zu ermitteln.
3. Als Sofortmaßnahmen fordert die Stadt Speyer:
 - a) eine Bemautung der B 9 vom AB-Kreuz Speyer bis zur Brücke Karlsruhe in der größtmöglichen Höhe,
 - b) ein komplettes Nachtfahrverbot auf diesem Abschnitt,
 - c) Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km für PKW und LKW mit stationärer Überwachung,
 - d) Überholverbot für LKW ab AS SP-West,

da seit dem Lückenschluss der B 9 mit der A 65 nach Karlsruhe und Einführung der Autobahnmaut eine erhebliche Erhöhung des Schwerlastverkehrs auf der B 9 zu beobachten ist. Das bisherige Nachtfahrverbot ist wegen der Anfahrsmöglichkeit zum Rasthof Schwegenheim vollkommen unwirksam.

4. Durch die Stadt wird eine Messung der Abgasbelastung (Benzol, Stickoxide) und des krebserregenden Feinstaubes veranlasst.
5. Es wird eine Messstelle an der B 9 auf Höhe der AS Speyer-West gefordert.

Herr Dr. Wilke bedankt sich bei Herrn Ableiter für die erschöpfenden Ausführungen, würde aber gerne einige grundlegende Aspekte der CDU zum eigenen Antrag darlegen.

Er stellt fest: „Lärm macht krank“ - die B 9 ist in Speyerer Sprachgebrauch landläufig nur als „Umgehungsstraße“ bekannt, war aber immer schon eine überregionale Verkehrsachse. Die Verkehrsbelastung durch LKW hat insbesondere seit der Mauteinführung erheblich zugenommen, ebenso die Unfallträchtigkeit unter Beteiligung von LKW (+ 50%). Weiterhin verweist er auf die langjährige Forderung der CDU-West nach einer zusätzlichen Messstelle an der B 9 im Bereich Speyer. Die – wünschenswerte - Mautpflicht für die B 9 ist derzeit auf dem „Europa-Weg“ und daher auf absehbare Zeit nicht realisierbar.

Das bestehende Nachtfahrverbot für LKW ist sicherlich zu hinterfragen, wogegen ein generelles Fahrverbot rechtlich nicht durchsetzbar ist. Hingegen sind ein Überholverbot und eine Geschwindigkeitsbegrenzung durchaus möglich und schnell umsetzbar. Er sieht die Aufgaben überwiegend auf Seiten des Landes und bezeichnet die bisherigen Aussagen des Verkehrsministeriums als gegen die Menschen gerichtet und nicht tragbar. Es ist aus seiner Sicht begrüßenswert, dass sich die Bürger formieren und zusammen mit der lokalen Politik gegen die Lärmbelästigung vorgehen wollen. Für einen Erfolg ist ein möglichst breiter Konsens erforderlich.

Herr Dr. Wintterle wirft ein: „Lärm macht krank“ – auch an Flugplätzen!

Das Thema eignet sich aus Sicht der SPD-Fraktion nicht für Parteienstreit. Er hätte sich aber gewünscht, dass parteienübergreifend darüber gesprochen worden wäre, damit jeder bereits im Vorfeld in Mainz dort die Argumente hätte vortragen können, wo er seine Möglichkeiten hat. Wenn Messungen gefordert werden, sollte darauf geachtet werden, dass an den richtigen Stellen gemessen wird. Die CDU sollte sich allerdings auch beim Thema Flugplatz in dieser Richtung bewegen.

Herr Röbosch erklärt Zustimmung zu dem Antrag, stellt allerdings klar, dass der Antrag sachlich kleine Fehler enthält. Die Unfallträchtigkeit z.B. bezieht sich auf die Abfahrt von der A 61 und nicht auf die B 9 generell. Die meisten Schwerlastfahrzeuge stammen zudem nicht aus Deutschland.

Herr Batzer schließt sich inhaltlich voll den Ausführungen der SPD an und kritisiert die „Scheinheiligkeit“ der CDU, wenn er deren Position zum Fluglärm am Verkehrslandeplatz betrachtet.

Herr Preuß vermisst im Antrag die Einbindung der B 39, zu der noch ein weiterer Antrag der CDU vorliegt. Ansonsten schließt sich die SWG-Fraktion der Resolution an.

Der Vorsitzende erläutert die Vorgänge, die derzeit im Zusammenhang mit den Fernstraßen durch den Landesbetrieb Mobilität auf den Weg gebracht wurden:

- Durchführung von Lärmmessungen (8-12 Wochen)
- Lärmkartierung nach EU-Norm einschließlich der A 61 – Aktionsplan der Stadt bis Mitte 2008
- Geschwindigkeitsüberwachung der B 9 durch Dauereinrichtungen im Bereich der Stadt Speyer auf beiden Fahrspuren
- Die B 39 soll mit einbezogen werden

Forderungen über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinaus sind unrealistisch. Der Forderungskatalog der BGS zum CDU-Antrag umfasst zudem im erheblichen Umfang freiwillige Leistungen.

Herr C. Ableiter stellt fest, dass er keine Forderungen der BGS, sondern Beschlüsse aus der Bürgerinitiative vorgebracht hat und will den weitergehenden Antrag aufrechterhalten.

Herr Hinderberger wirft die Frage auf, ob bei einem generellen Nachtfahrverbot auf der B 9 die LKW's dann nicht durch das Stadtgebiet fahren könnten/würden.

Herr Dr. Wintterle sieht sich fachlich nicht in der Lage, abschließend zu beurteilen, was machbar ist und was nicht. Er schlägt daher vor, den CDU-Antrag zu beschließen und weitere Beratungen im BPA oder in der Verkehrskommission unter der Beteiligung aller Interessengruppen zu führen.

Der CDU-Antrag zielt nach Ausführung von Herrn Dr. Jung nicht darauf ab, auf Konfrontationskurs mit der Landesregierung zu gehen, da in diesem Fall eine Blockadehaltung drohe. Es gehe darum, auf einer breiten politischen Basis die Probleme an die Landesregierung heranzutragen. Ein totales Nachtfahrverbot würde auch die lokale Wirtschaft treffen.

Herr Dr. Wintterle schlägt eine Beratung in der Verkehrskommission bis zur nächsten Ratssitzung vor, um dieses wichtige Thema nicht auf den St.-Nimmerleinstag zu verschieben.

Herrn C. Ableiter ist die Verkehrskommission zu klein, der Bau- und Planungsausschuss scheint ihm das qualifizierte Gremium zu sein. Allerdings sollten auch die Bürgerinitiativen formell dazu geladen werden. Die Ausführungen des Resolutionsantrages zum bestehenden Nachtfahrverbot sind abzulehnen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion einstimmig, bei Gegenstimme durch Herrn C. Ableiter zur Strichaufzählung über das Nachtfahrverbot, folgende Resolution:

Der Stadtrat der Stadt Speyer

- erkennt an, dass die Bundesstraße B 9 eine wichtige Funktion im regionalen Straßennetz einnimmt, auch für den regionalen Lieferverkehr;
- sieht die Funktion der B 9 aber nicht darin, Teil eines grenzüberschreitenden Verkehrsnetzes zu sein, das europaweit Ballungsräume miteinander verbindet;
- stellt fest, dass auf der B 9 der überregionale Schwerlastverkehr seit Einführung der Mautpflicht für Lkw auf Bundesautobahnen im Bereich von Speyer massiv zugenommen hat;
- dass dies für die Anwohnerinnen und Anwohner in den angrenzenden Stadtteilen von Speyer einen unerträglichen Zuwachs an Lärmbelästigung, gerade auch nachts, zur Folge hat;
- dass seitdem auch die Unfälle mit LKW-Beteiligung stark gestiegen sind;
- bedauert, dass von der Möglichkeit, die B 9 als Ausweichstrecke für den überregionalen Schwerlastverkehr ebenfalls der Mautpflicht zu unterwerfen, abgesehen von der Bienwald-Durchquerung, kein Gebrauch gemacht wurde;
- bedauert weiterhin, dass bei der kürzlich vorgenommenen Erneuerung der Fahrbahndecke kein optimierter, Lärm mindernder Straßenbelag verwendet wurde;
- begrüßt, dass für den überregionalen Schwerlastverkehr ein Nachtfahrverbot erlassen wurde, fordert aber eine regelmäßige, wirksame Kontrolle;
- ist der Auffassung, dass es weiterer Maßnahmen bedarf, um die Verkehrssicherheit auf der B 9 zu gewährleisten und die Bürgerinnen und Bürger von Speyer vor unzumutbarer Lärmbelästigung zu schützen;
- hält dafür insbesondere eine Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und ein Überholverbot für Lastkraftwagen für geeignet; und
- bittet die Verwaltung, sich bei den zuständigen Stellen der Landesverwaltung für die schnellstmögliche Umsetzung dieser und weiterer in Betracht kommender Maßnahmen einzusetzen.

Ergänzend beschließt der Stadtrat einstimmig, dass die Thematik in der Verkehrskommission – unter Teilnahme der Bürgerinitiativen, Vertretern des Landes und sonstiger Beteiligter (auf Vorschlag der Fraktionen) – vertiefend beraten wird.

19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.05.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Schutz der Gesundheit der Bürger und Steigerung der Lebensqualität durch Lärmsanierung der A 61; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 26.04.2007
Vorlage: 0307/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr C. Ableiter begründet den Antrag der BGS-Fraktion nochmals mündlich im Zusammenhang mit den bereits besprochenen Punkten zur B 9.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Landesbetrieb Mobilität zwischenzeitlich das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der A 61 eingeleitet hat. Eine Bürgerversammlung findet am 11.06.2007 - 19.00 Uhr statt. Er spricht seinen ausdrücklichen Dank dafür aus, dass der neue Verkehrsminister Hering nun auch die lange geforderte Geschwindigkeitsbegrenzung umsetzt und schlägt vor, auch diesen Punkt in der Verkehrskommission zu beraten.

Herr C. Ableiter erklärt sich für die BGS damit einverstanden, wenn das Thema – unter den gleichen Voraussetzungen wie bei der B 9/B39 - in der Kommission beraten wird.

Dem stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

**Gegenstand: Neugestaltung der Großen
Himmelsgasse/Johannesstraße/Armbruststraße; Antrag der SPD-
Stadtratsfraktion vom 13.05.2007
Vorlage: 0311/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Feinler begründet den Antrag der SPD-Fraktion mündlich und verweist auf die Vorgeschichte der Thematik.

Der Vorsitzende verweist auf die Vielzahl von Punkten in diesem Zusammenhang, die im Bau- und Planungsausschuss bereits behandelt wurden bzw. noch zu behandeln sind. Wie vom Stadtrat beauftragt, wurde dies durch die Verwaltung auch in Umsetzung der Aufgabenstellung aus der Weiterentwicklung des Verkehrsentwicklungsplans aufgegriffen. Die Kosten für die Durchführung einer Verkehrszählung werden im Nachtragshaushalt eingestellt, um aktuelle Zahlen zu erhalten. Danach soll das Thema in der Verkehrskommission weiter behandelt werden.

Herr Roskopf erklärt, dass die Straße nicht isoliert betrachtet werden kann. Die SPD hat offenbar den Antrag der SWG aus dem vorletzten Bau- und Planungsausschuss fast wortwörtlich abgeschrieben hat (Pflasterung etc.). Auch Herr Batzer nimmt darauf Bezug. Herr Feinler widerspricht dem unter Hinweis auf einen Pressebericht zu SPD-Forderungen vom September 2006.

Die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Vorgehensweise wird einstimmig angenommen.

Gegenstand: Verkehrssituation im Bereich der Rheinüberquerung der B 39; Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 15.05.2007
Vorlage: 0312/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1) Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Verkehrssituation im Bereich der hier angesprochenen Rheinüberquerung?

Im Jahr 2006 ereigneten sich auf rheinland-pfälzischer Seite insgesamt 6 Verkehrsunfälle mit 1 Leichtverletzten. Bei allen Verkehrsunfällen handelte es sich um Auffahrunfälle in Richtung Baden-Württemberg. Die Rheinbrücke wird täglich von fast 50.000 Fahrzeugen befahren. Aufgrund dieser Unfallhäufung gilt dieser Streckenabschnitt erstmals ab dem Jahr 2006 als Unfallschwerpunkt.

Auch in Baden-Württemberg wird die Einmündung B 39/L 722 bis zur Rheinbrücke als Unfallhäufungsstelle geführt.

Aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde ist die Verkehrssituation zu optimieren, in dem Maßnahmen ergriffen werden, die den Durchgangsverkehr auf der B 39 beschleunigen.

Zu 2) Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Stadtverwaltung zur Verbesserung dieser Situation geboten?

Bauliche Maßnahmen:

- Verlängerung des rechts abbiegenden Verzögerungstreifens vor der Signalanlage in Richtung Altlußheim/Walldorf.
- Prüfantrag zum Bau eines Verkehrskreisels nach erfolgter Verkehrsmengenberechnung mit differenzierter Betrachtungsweise nach Nutzergruppen (motorisierter Individualverkehr, Fußgänger- und Radfahrerfrequenz)

Beschilderungs- bzw. sonstige Maßnahmen:

- Verkehrsmengenabhängige Steuerung der LSA-Schaltung durch Neuberechnung der Grün-Zeiten
- Anordnung eines Linksabbiegeverbotes auf den Parkplatz Lushof aus Richtung Rheinland-Pfalz kommend zur Stauvermeidung, da die vorhandene Verkehrsfläche nicht ausreicht, um eine separate Linksabbiegespur einzurichten. Oder Aufweitung der Fahrbahn durch Verlagerung des parallel verlaufenden Radweges in Richtung Parkplatz zur Herstellung eines kompletten Abbiegestreifens.

Zu 3) Wurden bereits Gespräche mit den für den Straßenverkehr auf Bundesstraßen zuständigen Stellen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg geführt?

Die Stadtverwaltung Speyer hat den Straßenbaulastträger (LBM) in der Sitzung der Unfallkommission vom 8. März 2007 gebeten, ein Gespräch mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe zu koordinieren. Die Zusage hierfür haben wir erhalten.

Die Stadtverwaltung Speyer steht mit der Stadtverwaltung Hockenheim in einem sehr partnerschaftlichen und Bundesländer übergreifenden Dialog in Bezug auf die Verkehrsunfallsituation.

Auch die Stadtverwaltung Hockenheim hat diesbezüglich Kontakt aufgenommen mit der örtlichen Polizeidienststelle, dem Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis und dem Straßenbauamt Heidelberg.

Zu 4) Gibt es konkret absehbare Schritte zur Verbesserung des Verkehrsflusses?

Da die Signalisierung der T- Einmündung auf Seiten des Landes Baden-Württemberg liegt, hat sowohl die örtliche Straßenverkehrsbehörde als auch der Landesbetrieb Mobilität keine unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit. Aufgrund der zurzeit stattfindenden Fachbehördengespräche wird die Verkehrssituation gegenwärtig analysiert, wobei hieraus Maßnahmen abgeleitet werden sollen, die eine Verbesserung der Verkehrssituation bewirken.

Wie uns die Stadtverwaltung Hockenheim auf Anfrage mitgeteilt hat, wird durch das Regierungspräsidium Karlsruhe geprüft, ob die unter Ziffer 2 aufgeführten Maßnahmen (ohne Verkehrskreisel) in das Straßenbauprogramm „Staumanagement“ aufgenommen werden können.

Herr Dr. Jung stellt die Zusatzfrage, ob eine Chance auf eine zeitnahe Umrüstung der Ampel auf verkehrsabhängige Schaltung besteht. Durch die Verwaltung wird zugesichert, dieses Anliegen bei den zuständigen Stellen nochmals vorzutragen.

**Gegenstand: Gesamtfortschreibung Flächennutzungsplan 2020 -
hier: Auswertung der förmlichen Behördenbeteiligung vom 28.07. -
08.09.2006 gemäß § 4 (2) BauGB, Beschluss zur Abwägung,
Beschluss zur Offenlage nach § 3 (2) BauGB
Vorlage: 0302/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Bau- und Planungsausschuss, in dem die Fortschreibung bei einer Gegenstimme empfohlen wurde. Es wird dazu auch noch eine Bürgerversammlung stattfinden.

Herr C. Ableiter stellt fest, dass es auch im Bau- und Planungsausschuss z.B. seitens der SPD Ablehnung in Sachen Flugplatz gab. Die Anbindung des Stadtteils SP-Nord an den ÖPNV ist alles andere als optimal, auch der S-Bahnhaltepunkt Nord-West ist derzeit nur von Westen mit ÖPNV zu erreichen. Er kritisiert die Erreichbarkeit der Sportstätten im Westen der Stadt.

Hochwasserschutz und Lärmschutz sind nach Ansicht der BGS-Fraktion nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Bebauung von hochwassergefährdeten und lärmbelasteten Bereichen sei nicht tragbar und ein Markenzeichen dieser Stadtregierung.

Im Gegensatz dazu erklärt Herr Dr. Jung für die CDU-Fraktion, dass es sich um ein aussagekräftiges Planungswerk handelt, das sich allerdings erst im Entwurfsstadium befindet und über dessen Öffentlichkeitsbeteiligung heute entschieden werden soll. In deren Verlauf kann sicherlich auch noch der eine oder andere Aspekt eingearbeitet werden. Erst danach wird darüber endgültig entschieden. Er regt an, die Pläne auch im Internet zu veröffentlichen.

Herr Hinderberger schlägt vor, bei solchen Punkten die Presse schon im Ausschuss zuzulassen, damit man sich die ellenlangen Wortbeiträge, wie den von Herrn Ableiter, nicht mehrfach anhören muss.

Frau Pitsch stimmt dem Planungswerk für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen uneingeschränkt zu, weil die Verwaltungsvermerke zum derzeitigen Stand nur deklaratorische Bedeutung haben.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses sowie des Umweltausschusses beschließt der Stadtrat bei 2 Gegenstimmen (BGS-Fraktion) mehrheitlich:

1. Über die im Rahmen der förmlichen Behördenbeteiligung eingegangenen Anregungen wird entsprechend der Sitzungsvorlage entschieden.
2. Der vorgelegte Planentwurf wird einschließlich seiner Begründung gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt auf dieser Grundlage die Offenlage gemäß § 3 (2) BauGB einzuleiten.

Gegenstand: Teilflächennutzungsplan Windkraft -
hier: Vertragliche Vereinbarung nach § 204 (1) S. 4 BauGB,
Vertragliche Vereinbarung zur Kostenbeteiligung, Einleitung des
weiteren Verfahrens nach § 3 (1) BauGB und § 4 (1) BauGB
Vorlage: 0295/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Pitsch begrüßt zwar das Vertragswerk, kritisiert aber, dass die Gemeinde Römerberg alle Einnahmen erhält, wogegen die Rückbaukosten von der Gemeinschaft zu tragen sind. Ihr drängt sich die Vermutung auf, dass sich die Stadt Speyer mit diesem Vertrag von Ihrer Verantwortung für die Förderung der Windkraft freikaufen will.

Herr C. Ableiter erklärt, die BGS-Fraktion werde dieser Minimallösung nicht zustimmen

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen (BGS-Fraktion):

1. Der Unterzeichnung der Vertraglichen Vereinbarung nach § 204 (1) S. 4 BauGB wird zugestimmt.
2. Der Unterzeichnung der Vertraglichen Vereinbarung zur Kostenbeteiligung wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB vorzubereiten und einzuleiten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd zur Abgabe der landesplanerischen Stellungnahme aufzufordern.

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 063 "Melchior-Heß-Gelände" -
 hier: Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung (gemäß § 3 Abs. 2
 BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger
 öffentlicher Belange (gemäß § 4 Abs. 2 BauGB) sowie
 Satzungsbeschluss (gemäß § 10 BauGB)
 Vorlage: 0296/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und den im Rahmen der Behördenbeteiligung vorgetragenen Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans wird gefolgt.
2. Der entsprechend überarbeitete Entwurf zum Bebauungsplan einschließlich Begründung wird gebilligt.
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden gemäß § 88 LBauO als Satzung über „Örtliche Bauvorschriften“ im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 063 "Melchior-Hess-Gelände" beschlossen.
4. Die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 88 LBauO in den Bebauungsplan Nr. 063 "Melchior - Hess - Gelände" integriert.
5. Der Rat der Stadt Speyer beschließt den Bebauungsplan Nr. 063 "Melchior - Hess - Gelände" gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Satzung auszufertigen und den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.

Gegenstand: Jahresrechnungen 2005 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung
Vorlage: 0254/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Boiselle-Vogler übernimmt nach § 12 der Geschäftsordnung den Vorsitz der Sitzung. Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rechnungsprüfungsausschuss am 30.01.2007 behandelt. Sie übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Wagner. Dieser bedankt sich bei der Stabsstelle Rechnungsprüfung für die hervorragende Vorbereitung und weist darauf hin, dass innerhalb von zwei Jahren die Rückstände seit 2002 aufgearbeitet werden konnten. Es ist eine erhebliche Verbesserung der Verwaltungsarbeit zu beobachten, was sicherlich auch an der ständigen, begleitenden Beratung durch die Rechnungsprüfung im laufenden Betrieb liegt. Skontiverluste und andere Auffälligkeiten fallen praktisch nicht mehr ins Gewicht. Es bleiben immer noch einige so genannte Massenbeanstandungen wie z.B. fehlende Inventarisierungsvermerke zu kritisieren.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Entlastung zu erteilen.

Frau Boiselle-Vogler stellt den Bericht zur Diskussion.

Herr Dr. Wintterle nimmt nochmals Bezug darauf, dass der TOP bereits in der letzten Sitzung angesetzt war und auf Antrag der SPD zurückgestellt wurde, weil Unterlagen aus dem Ausschuss bezüglich des Archäologischen Schaufensters nur den Mitgliedern des RPA vorlagen. Diese wurden inzwischen allen Fraktionen zugeleitet.

Daraus ergibt sich, dass der Eigentümer des Anwesens die im Ratsbeschluss für ihn festgeschriebenen 100.000 € nicht unmittelbar gezahlt, sondern nur als Renovierungsleistungen erbracht hat, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Projekt stehen. Er hat danach zwar noch 15.000 € gespendet, aber anscheinend 85.000 € flüssige Mittel gespart. Hier wäre es Aufgabe der Stadtspitze gewesen, als Bauherr und Antragsteller der Fördermittel dieses Thema nochmals in den Stadtrat zu bringen. Es sind zwar der Stadt keine Mehrausgaben entstanden, allerdings hätten die Kosten offenbar insgesamt um 85.000 € niedriger ausfallen können, was auch der Stadt zu Gute gekommen wäre. Er äußert den Verdacht, dass der Bericht bewusst nur selektiv an einige Leute verschickt wurde und hält es für möglich, dass die Renovierungsleistungen bereits vorher erbracht und erst später angerechnet wurden.

Frau Pitsch wirft die Frage auf, welche Konsequenzen die Aussage von Herrn Dr. Wintterle nun für die Entlastung des Stadtvorstandes hat.

Frau Boiselle-Vogler schlägt getrennte Abstimmung über die Entlastung und die Verabschiedung der Jahresrechnungen vor. Die SPD-Fraktion möge dann ihr Votum abgeben, wo sie zustimmen kann und wo nicht.

Herr Ritter verweist darauf, dass beim Land eine entsprechende Klassifizierung der Aufwendungen vorgenommen wurde, so dass für die Stadt zunächst nicht unmittelbar erkennbar war, wie der Eigentümer seine Leistungen erbracht hat. Nach mehrmaliger Rückfrage beim Ministerium, wo denn die Finanzmittel des Eigentümers bleiben, wurde mitgeteilt, man solle nicht weiter danach fragen. Die Maßnahme wurde jedenfalls nach Maßgabe des Bewilligungsbescheides sowohl haushaltsrechtlich als auch haushaltstechnisch ordnungsgemäß abgewickelt.

Herr Dr. Wintterle wiederholt seine vehemente Kritik an der Aufsicht der Finanzierung für das Projekt und spricht von einer Düpierung des Stadtrates, da diese Informationen im Rat oder zumindest im Ältestenrat hätten vorgetragen werden müssen.

Herr Dr. Wilke hingegen sieht aus juristischer Sicht keinen Grund, die Entlastung nicht zu erteilen, da die Abrechnungen korrekt dargestellt wurden.

Beschluss:

In getrennter Abstimmung beschließt der Stadtrat auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses einstimmig:

- a) die Jahresrechnungen der Stadt und der Stiftungen für das Haushaltsjahr 2005 mit den festgestellten Abschlussergebnissen werden beschlossen.

Ebenfalls auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich, bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion, der BGS-Fraktion, der REP-Fraktion, 3 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie zwei Enthaltungen (Brech-Hugo, Bündnis 90/Die Grünen und Ritthaler, SWG):

- b) dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten sowie den Vorständen der Bürgerhospital-, der Waisenhaus- und der Kolbstiftung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt und der Stiftungen im Haushaltsjahr 2005 wird Entlastung erteilt.

Protokollnotiz: Die SPD-Fraktion verweigert die Entlastung des Stadtvorstandes bezüglich der Abrechnung des Archäologischen Schaufensters in der Gilgenstraße.

Herr Oberbürgermeister Schineller, Herr Bürgermeister Brohm und Herr Beigeordneter Wunder haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.05.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Straßenbenennung im Bebauungsplan-Gebiet "Melchior-Heß-Gelände"

Vorlage: 0216/2006/1

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, im Bebauungsplangebiet „Melchior-Heß-Gelände“ folgende Namensvorschläge als zukünftige Straßenbezeichnungen zu wählen: „Am Melchior-Heß-Park“ und „Am Hammelturm“

19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.05.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Umbenennung eines Teilstücks der Straße "Rinkenberger Weg"
Vorlage: 0214/2006

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kulturausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die Umbenennung eines Teilstückes der Straße „Rinkenberger Weg“ entsprechend der Vorlage in „Spaldinger Straße“.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Umbesetzungen:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.)	beratende Mitglieder Richter(innen) (unverändert)	neu: Sascha Alexandra Umaelo-Wells Amtsgericht Speyer Postfach 1103 67321 Speyer für: Christiane Schiewener
Jugendhilfeausschuss (12.)	beratende Mitglieder Katholische Kirche neu: Paul Nowicki Kath. Pfarrverband Speyer Kurt-Schumacher-Straße 39 67346 Speyer für: Karl Leicht	(unverändert)

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.)	(unverändert)	neu: Silvia Hoffmann Obere Langgasse 34 c 67346 Speyer für: Franziska Avril
Schulträgerausschuss (18.)	(unverändert)	neu: Silvia Hoffmann Obere Langgasse 34 c 67346 Speyer für: Franziska Avril
Stadtrechtsausschuss (26.)	neu: Bernd Kehl für: Jutta Jansky	-

Auf Vorschlag der BGS-Fraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Rechnungsprüfungs- ausschuss (17.)	neu: Günther Ableiter Kettelerstraße 48 67346 Speyer für: Claus Ableiter	neu: Claus Ableiter (bisher Mitglied) für: Hans-Herbert Grün

19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.05.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgern sind nicht eingegangen.

19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.05.2007



19. Sitzung des Stadtrates 24.05.2007 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!